

Kommunale Pflegedossiers

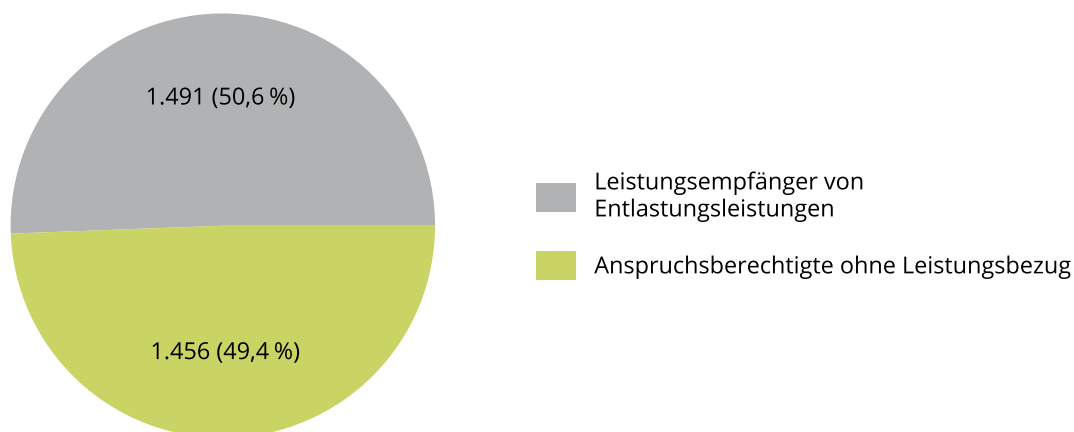
Daten und Fakten zu Pflegeleistungen und pflegerelevanten Krankheitsbildern in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder)

Inhalt

1 Nutzung von Versorgungsarten bei Pflegebedürftigkeit in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder)	2
1.1 Inanspruchnahme von Entlastungsleistungen (2019) in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder)	2
1.2 Angebote zur Unterstützung im Alltag (AuA) in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder)	2
1.3 Inanspruchnahme von wohnumfeldverbessernden Maßnahmen (2019) in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder)	3
1.4 Inanspruchnahme von Verhinderungspflege (2019) in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder)	4
2 Pflegerelevante Krankheitsbilder in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder)	5
2.1 Anzahl der demenziell Erkrankten nach Geschlecht im Zeitverlauf (2017–2030) in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder)	5
2.2 Häufigkeiten ausgewählter Krankheitsbilder mit Versorgungsrelevanz in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) im Vergleich zum Land Brandenburg (2019)	6

1 Nutzung von Versorgungsarten bei Pflegebedürftigkeit in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder)

1.1 Inanspruchnahme von Entlastungsleistungen (2019) in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder)



Summe der in Anspruch genommenen Leistungen: 1.313.099 €

Abbildung 1: Inanspruchnahme von Entlastungsleistungen (2019) in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) absolut (relativ)

Pflegebedürftige in häuslicher Versorgung haben nach § 45b SGB XI Anspruch auf Entlastungsleistungen in Höhe von 125 Euro monatlich. Mit diesen Mitteln können qualitätsgesicherte Leistungen zur Förderung der selbstbestimmten Alltagsgestaltung des Pflegebedürftigen und zur Entlastung pflegender Angehöriger in Anspruch genommen werden. [6] Die Abbildung 1 zeigt das Ausmaß der Nutzung von Entlastungsleistungen (grau) sowie die Anzahl an Anspruchsberechtigten, welche die ihnen zustehenden Leistungen bislang nicht in Anspruch genommen haben (grün). Zur Einordnung: In den Kommunen Brandenburgs lag der Anteil der Leistungsempfänger an allen Berechtigten zwischen 29,9 % und 88,6 %, im Mittel bei 54,9 %.

Die breitere Nutzung der Leistungen durch die Anspruchsberechtigten kann deren häusliche Pflegesituation verbessern. Im Rahmen von Beratungsangeboten vor Ort können Anspruchsberechtigte ausführlich zu den Möglichkeiten der Inanspruchnahme informiert und so in ihrer Pflegesituation unterstützt werden.

1.2 Angebote zur Unterstützung im Alltag (AuA) in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder)

Im Land Brandenburg gab es Ende 2020 insgesamt 1.113 Standorte von alltagsunterstützenden Angeboten für Demenzerkrankte, Menschen mit weiteren kognitiven Einschränkungen, psychisch und körperlich eingeschränkte Personen sowie für pflegende Angehörige (Tab. 1), davon 28 in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder).



AuA in der Stadt Frankfurt (Oder):
28



AuA im Land Brandenburg:
1.113

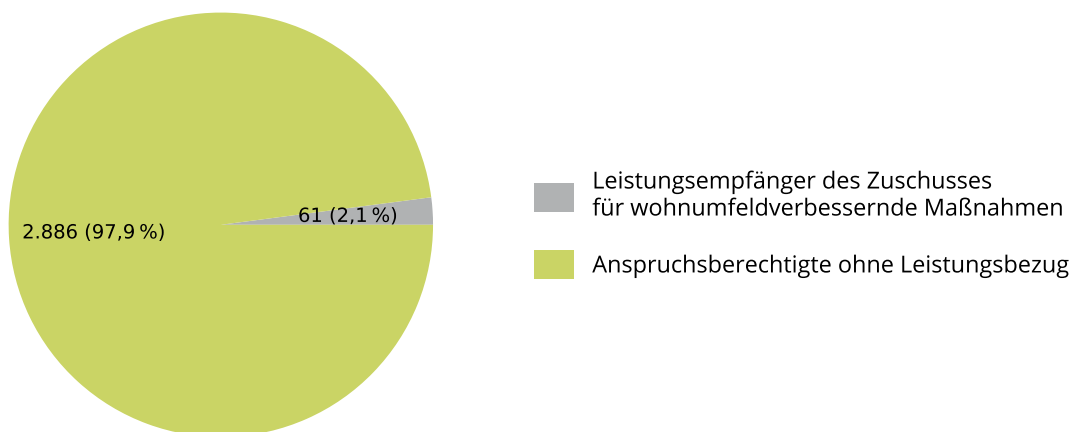
Die Angebote werden zum Teil über die Standortkommune hinaus angeboten und von den Pflegebedürftigen und ihren pflegenden Angehörigen wahrgenommen.

Tabelle 1: Alltagsunterstützende Angebote (AuA) nach Zielgruppen im Land Brandenburg (2020)

Zielgruppe	Menschen mit demenzbedingten Fähigkeitsstörungen	Menschen mit geistigen Behinderungen	Menschen mit psychischen Erkrankungen	körperlich pflegebedürftige Menschen	Ausschließlich pflegende Angehörige und vergleichbar Nahestehende
Anzahl Angebote	415	178	107	359	78

Alltagsunterstützende Angebote nach § 45a SGB XI dienen der Entlastung pflegender Angehöriger im häuslichen Pflegealltag und der Förderung und Unterstützung der Interessen und Fähigkeiten Pflegebedürftiger in ihrer eigenen Häuslichkeit. Die Angebote sollen eine Teilhabe am sozialen Leben vor Ort ermöglichen. Hierdurch kann die häusliche Pflegesituation länger aufrechterhalten und stabilisiert werden. AuA gehören zu den qualitätsgesicherten Angeboten, für die der Entlastungsbetrag (siehe Kapitel 1.1) eingesetzt werden kann. Bislang liegen nur wenig belastbare Daten zu dem Umfang der Inanspruchnahme dieser Angebote vor. Die vorliegenden Informationen können erste Hinweise geben, sollten jedoch zu einem aussagekräftigen Bild der regionalen Angebotsstruktur in diesem Bereich ausgebaut werden.

1.3 Inanspruchnahme von wohnumfeldverbessernden Maßnahmen (2019) in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder)



Summe der in Anspruch genommenen Leistungen: 139.946 €

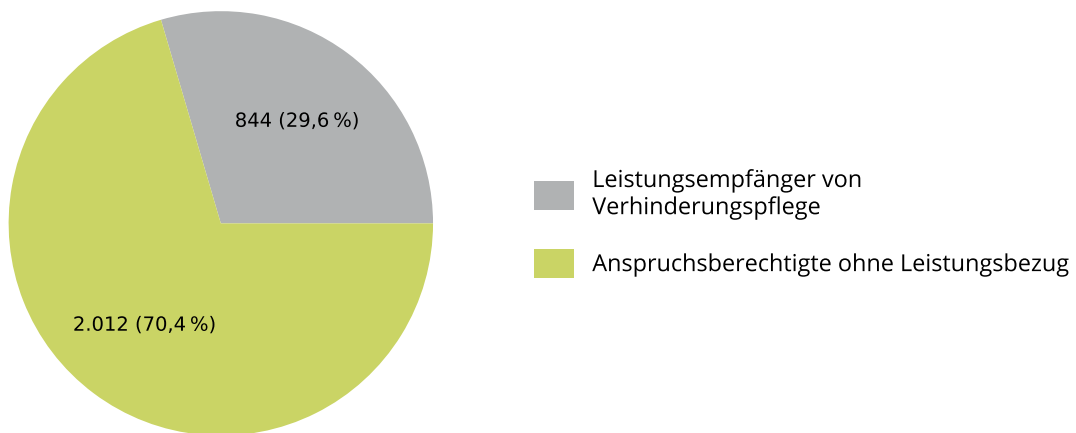
Abbildung 2: Inanspruchnahme von wohnumfeldverbessernden Maßnahmen (2019) in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) – absolut (relativ)

Zur Erleichterung der selbständigen Lebensführung können Pflegebedürftige bei ihrer Pflegekasse gemäß § 40 (4) SGB XI finanzielle Zuschüsse für wohnumfeldverbessernde Maßnahmen beantragen, z. B. für den altersgerechten Umbau des Bades. Hierfür stehen bis zu 4.000 Euro je Maßnahme zur Verfügung. [6] Die Abbildung 2 zeigt das Ausmaß der Inanspruchnahme dieser Leistung (grau) sowie die Anzahl an Anspruchsberechtigten, welche diese Leistung nicht in

Anspruch genommen haben (grün). Zur Einordnung: In den Kommunen Brandenburgs lag der Anteil der Leistungsempfänger an den Berechtigten zwischen 0,0 % und 13,2 %, im Mittel bei 4,4 %.

Im Rahmen von Beratungsangeboten vor Ort kann zu den Möglichkeiten der Inanspruchnahme dieser oft nicht vollständig genutzten Leistung informiert und so befördert werden, dass die Anspruchsberechtigten ein an ihre spezifischen Bedarfe angepasstes Wohnumfeld erhalten.

1.4 Inanspruchnahme von Verhinderungspflege (2019) in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder)



Summe der in Anspruch genommenen Leistungen: 1.366.370 €

Abbildung 3: Inanspruchnahme von Verhinderungspflege (2019) in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) – absolut (relativ)

Pflegende Angehörige sind einer starken Belastung ausgesetzt. Angehörige von Pflegebedürftigen ab PG 2 in ambulanter Betreuung haben daher bei eigener Krankheit, für Erholungsurlaub oder wenn die Pflege aus anderen Gründen zeitweise nicht leistbar ist, Anspruch auf Verhinderungspflege. Die Pflegekasse übernimmt hier nach § 39 SGB XI die Kosten einer Ersatzpflege für den Zeitraum von bis zu sechs Wochen im Kalenderjahr und in Höhe von bis zu 1.612 Euro. [6]

Die Abbildung 3 zeigt das Ausmaß der Inanspruchnahme solcher Verhinderungspflege (grau) sowie die Anzahl an Anspruchsberechtigten, welche diese Leistung nicht in Anspruch genommen haben (grün). Zur Einordnung: In den Kommunen Brandenburgs lag der Anteil der Leistungsempfänger an den Berechtigten zwischen 9,6 % und 65,1 %, im Mittel bei 26,6 %.

Beratungsangebote vor Ort können befördern, dass die Anspruchsberechtigten ihre Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Leistungen der Verhinderungspflege im Bedarfsfall breiter ausschöpfen.

2 Pflegerelevante Krankheitsbilder in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder)

Krankheiten und deren Folgen gehören zu den wichtigsten Ursachen für Pflegebedürftigkeit. Mit zunehmendem Alter steigt die relative Häufigkeit chronischer Erkrankungen und funktioneller Beeinträchtigungen und damit das Risiko für komplexe Krankheitsverläufe und Pflegebedürftigkeit. Ab 75 Jahren leiden 81,7 % der Frauen und 74,2 % der Männer unter mindestens zwei chronischen Erkrankungen gleichzeitig. [5]

Die Entwicklung von Pflegebedürftigkeit und deren Schwere kann durch ein gelingendes Krankheitsmanagement und die Stärkung der Gesundheitskompetenz der Betroffenen und ihrer Angehörigen hinausgezögert oder sogar verhindert werden. Dies kann erreicht werden durch zielgerichtete Informationen, geeignete Präventionsangebote und fachpflegerische sowie fachärztliche Begleitung.

2.1 Anzahl der demenziell Erkrankten nach Geschlecht im Zeitverlauf (2017–2030) in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder)

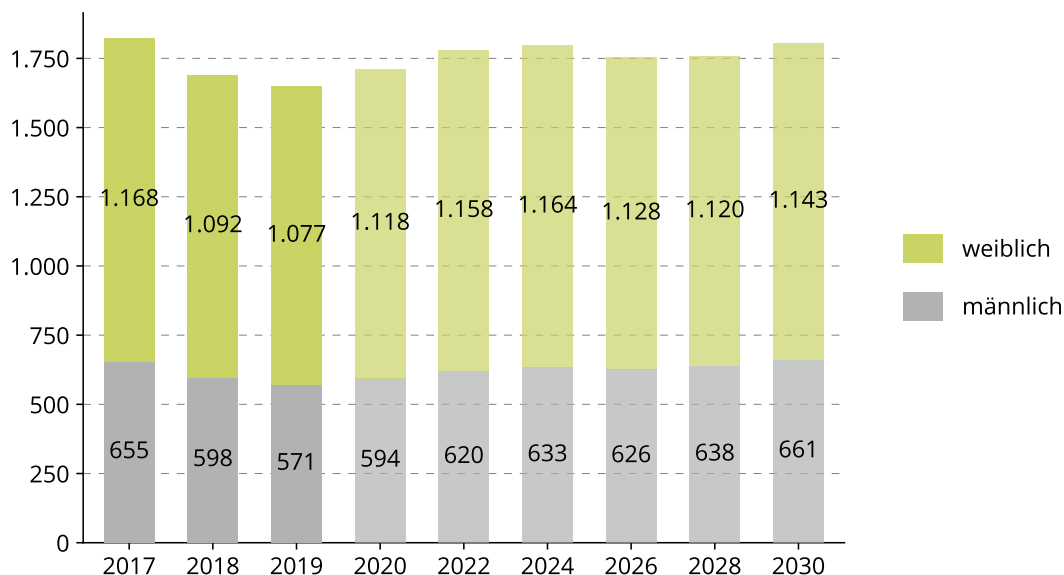


Abbildung 4: Anzahl der demenziell Erkrankten nach Geschlecht im Zeitverlauf (2017–2030) in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) - absolut

Abbildung 4 zeigt die Anzahl an Menschen mit Demenz nach Geschlecht in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder). Entsprechend der Bevölkerungsentwicklung ist mit einem Anstieg der Demenzerkrankten bis 2030 zu rechnen. Dies ist zurückzuführen auf eine steigende Lebenserwartung und eine wachsende Zahl alter Menschen.

Herausforderung bei Demenzerkrankungen ist, dass die fortschreitenden Einschränkungen kognitiver Fähigkeiten (z. B. Gedächtnis, Auffassungsgabe, Sprache, Orientierungssinn) sich individuell unterschiedlich entwickeln. Je nach Art der Demenz wirkt diese sich auch auf das emotionale und soziale Verhalten aus (z. B. Verlust der Impulskontrolle, Gefühlsausbrüche, Gereiztheit). Neben der Diagnose ist für ein Leben mit Demenz wichtig, sozial eingebunden zu sein, selbst bestimmen zu können und am Leben teilzuhaben.

Ca. 80 % der Menschen mit Demenz werden zu Hause von ihren Familien gepflegt. Sowohl Angehörige als auch das Versorgungssystem stehen vor der Herausforderung, individuell passen-

de Unterstützungsarrangements zu etablieren. Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen brauchen deshalb frühzeitige Wissensvermittlung und Unterstützung dabei, wie beispielsweise der Alltag gestaltet werden kann und welche Angebote in welcher Situation hilfreich sein können. Hier bieten sich Ansatzpunkte für flankierende, präventive und fördernde Maßnahmen auch auf kommunaler Ebene. In Deutschland leben rund 1,6 Millionen Menschen mit der Diagnose. Zwei Drittel der Erkrankten sind älter als 80 Jahre. Frauen sind ebenfalls mit zwei Dritteln deutlich häufiger betroffen als Männer. [3]

2.2 Häufigkeiten ausgewählter Krankheitsbilder mit Versorgungsrelevanz in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) im Vergleich zum Land Brandenburg (2019)

Tabelle 2: Häufigkeiten ausgewählter Krankheitsbilder mit Versorgungsrelevanz in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) im Vergleich zum Land Brandenburg (2019) – relativ (Prozent)

Krankheitsbild	Bezugsgruppe	Frankfurt (Oder)	Land Brandenburg
Demenz	Gesamtbevölkerung	2,9	2,5
	Pflegebedürftige	33,1	30,8
Diabetes	Gesamtbevölkerung	14,2	15,1
	Pflegebedürftige	39,7	43,8
Depression	Gesamtbevölkerung	11,5	12,0
	Pflegebedürftige	27,2	28,3
Schlaganfall	Gesamtbevölkerung	2,5	2,4
	Pflegebedürftige	15,5	14,8
Schlaganfallfolgen	Gesamtbevölkerung	2,8	2,8
	Pflegebedürftige	18,7	18,1

Tabelle 2 zeigt die prozentuale Häufigkeit einer Auswahl besonders pflegerelevanter Krankheitsbilder jeweils in der Gesamtbevölkerung und in der Gruppe der Pflegebedürftigen im Vergleich zwischen Frankfurt (Oder) und dem Land Brandenburg.

Zusammenhänge und Wechselwirkungen der betrachteten Krankheitsbilder

Demenz, Diabetes und Depressionen beeinflussen sich wechselseitig negativ. So erhöht Diabetes das Risiko, an Demenz zu erkranken. Gleichzeitig geht eine Demenzerkrankung mit einer schlechteren Stoffwechseleinstellung und damit erhöhtem Risiko von diabetischen Notfällen einher. Eine schlechte Stoffwechseleinstellung mit zu hohen Blutzuckerwerten kann bei einem Schlaganfall wiederum die Schwere des Schlaganfalls erhöhen und damit zu umfangreichem Pflegebedarf führen. [7] Ein hoher Anteil von Diabetes-Kranken bedeutet daher ein greifbares Risiko für künftig größere Anteile an Menschen in der Bevölkerung, die an Demenz, Depressionen oder Schlaganfallfolgen erkranken.

Das Wissen um regionale Erkrankungsschwerpunkte kann Ausgangspunkt für die Entwicklung kommunaler Präventions- und Unterstützungskonzepte sein. Denkbar sind Beratungs- und Informationsangebote für Pflegebedürftige, deren Angehörige und andere informelle Pflegepersonen zu Versorgungsbesonderheiten bei vorliegenden Krankheitsbildern, die Vermeidung von und der Umgang mit Notfällen sowie die Benennung von Ansprechpartnern bei Fragen rund um die Versorgung. Selbsthilfeinitiativen bieten Raum für wertvollen Erfahrungsaustausch zwi-

schen Betroffenen. Flankierend kann spezialisierte Fachpflege räumliche Distanzen zu Fachärzten überbrücken und für Beratungsangebote und Selbsthilfegruppen wertvoller Ansprechpartner sein.

Beispiel

Eine Pflegefachkraft mit diabetologischer Zusatzqualifikation kann beispielsweise pflegende Angehörige dazu anleiten, wie sie dazu beitragen können, fatale Komplikationen („Stoffwechsellentgleisungen“) oder einen „diabetischen Fuß“ als Risiko für Immobilität und Pflegebedürftigkeit zu verhindern.

Mit der Förderung von Qualifizierung und auf die regionalen Erkrankungsschwerpunkte zugeschnittenen spezialisierten Pflege- und Beratungsangeboten können Selbständigkeit und Lebensqualität der Betroffenen und ihrer Familien nachhaltig gestärkt werden.

Quellen

- [1] Land Brandenburg: Brandenburger Pflegedossiers, <https://msgiv.brandenburg.de/msgiv/de/themen/soziales/pflege/daten-und-fakten-zur-pflege/>
- [2] Bundesministerium für Gesundheit: Online-Ratgeber Demenz, <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/pflege/online-ratgeber-demenz/krankheitsbild-und-verlauf.html>
- [3] Deutsche Alzheimer Gesellschaft e. V. (DALZG) – Selbsthilfe Demenz (2020): Informationsblatt 1 – Die Häufigkeit von Demenzerkrankungen, https://www.deutsche-alzheimer.de/fileadmin/alz/pdf/factsheets/infoblatt1_haeufigkeit_demenzerkrankungen_dalzg.pdf
- [4] Gamper M et al. (2020): Geschlecht und gesundheitliche Ungleichheit – Soziale Netzwerke im Kontext von Gesundheit und Gesundheitsverhalten, in: Klärner A et al. (Hrsg.), Soziale Netzwerke und gesundheitliche Ungleichheiten, https://doi.org/10.1007/978-3-658-21659-7_12
- [5] Jacobs K et al. (2017): Pflege-Report 2017, Schwerpunkt: Die Versorgung der Pflegebedürftigen, Auszug S. 3-11, Schattauer, Stuttgart, https://www.wido.de/fileadmin/Dateien/Dokumente/Publikationen_Produkte/Buchreihen/Pflegereport/2017/Kapitel%20mit%20Deckblatt/wido_pr2017_kap01.pdf
- [6] Sozialgesetzbuch (SGB) - Elftes Buch (XI) - Soziale Pflegeversicherung, https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_11/
- [7] Zeyfang et al. (2020): Diabetes mellitus im Alter, DDG-Praxisempfehlungen, Diabetologie 2020; 15 (Suppl 1): S112 – S119

Beratungsangebot von FAPIQ



Die Fachstelle Altern und Pflege im Quartier im Land Brandenburg (FAPIQ) ist 2015 im Rahmen der Brandenburger Pflegeoffensive aufgebaut worden und wird vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (MSGIV), den Landesverbänden der Pflegekassen und dem Verband der privaten Krankenversicherung im Land Brandenburg gefördert.

FAPIQ unterstützt Kommunen, Organisationen, Initiativen und Menschen vor Ort bei der Entwicklung und Realisierung altersfreundlicher Lebensräume. In diesem Zusammenhang bietet FAPIQ Beratung zu und Begleitung bei Projektideen und Projektumsetzungen an. Die Fachstelle unterstützt bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zu altersgerechtem Wohnen, alltagsunterstützenden Angeboten, altersgerechter Quartiersentwicklung und sozialräumlichen pflegerischen Versorgungsstrukturen – den zentralen Themenfeldern der Fachstelle.

FAPIQ berät bei der Konzeptentwicklung, zu rechtlichen Grundlagen, zu Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten. FAPIQ begleitet die Akteure und vernetzt sie mit relevanten Partnern. Zentral ist es, regional passende Lösungen immer im Dialog mit allen Beteiligten zu suchen. Die Serviceangebote von FAPIQ sind kostenlos, freiwillig und unabhängig.

So auch im Rahmen von „Pflege vor Ort“: FAPIQ berät und begleitet die Gemeinden und Ämter im Land Brandenburg bei der bedarfsorientierten Etablierung von Projekten und Maßnahmen im Zuge der Umsetzung des Förderprogramms „Pflege vor Ort“.

Die Broschüre „Pflege vor Ort‘ gestalten – Anregungen für Kommunen in Brandenburg“ kann auf der Webseite der FAPIQ heruntergeladen werden.

Fachstelle Altern und Pflege im Quartier im Land Brandenburg

Tel: 0331 231607-00

E-Mail: kontakt@fapiq-brandenburg.de

www.fapiq-brandenburg.de

Daten, Text und Layout

data experts gmbh
Allee der Kosmonauten 33g
12681 Berlin
www.data-experts.de
1. Ausgabe April 2021

Layout der Vorder- und Rückseite

Connye Wolff
Brachvogelstraße 5
10961 Berlin
www.connye.com

Druck

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbh
Karl-Liebknecht-Straße 24/25
14476 Potsdam (OT Golm)
www.bud-potsdam.de

Impressum

Fachstelle Altern und Pflege im Quartier im Land Brandenburg (FAPIQ)

Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
www.fapiq-brandenburg.de
V.i.S.d.P. Stefan Pospiech

FAPIQ ist ein Kooperationsprojekt von:



Die Kommunalen Pflegedossiers werden gefördert durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg.

